

Fossile Brennstoffindustrie



An: Lobby der fossilen Brennstoffindustrie bei der UN-Klimakonferenz
Thema: Briefing zu Zielen der Lobbyarbeit

Ziele

Sie werden dafür bezahlt, die fossile Brennstoffindustrie bei der kommenden UN-Klimakonferenz zu vertreten. Bei der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 einigten sich die Verhandlungspartner darauf, die Erderwärmung auf „deutlich unter 2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau“ zu begrenzen.

- Ihr Ziel besteht darin, Vereinbarungen zur Einschränkung der Nutzung fossiler Brennstoffe zu verhindern, oder zumindest derartige Maßnahmen zu verwässern oder hinauszuzögern, um die Interessen der fossilen Brennstoffunternehmen, ihrer Aktionäre und Mitarbeiter zu schützen.

Kontext

Die fossile Brennstoffindustrie kann nicht länger argumentieren, der Klimawandel fände nicht statt oder die Verbrennung fossiler Brennstoffe habe nichts damit zu tun. Angesichts der ungeheuren Menge wissenschaftlicher Erkenntnisse von Experten weltweit sind diese Argumente nicht länger glaubhaft. Allerdings hängt die Weltwirtschaft aktuell von fossilen Brennstoffen ab, und eine Nutzungseinschränkung könnte Verbraucher teuer zu stehen kommen und die Existenz Ihrer Branche bedrohen.

Chancen

Der Klimawandel bietet der Industrie gleichermaßen Chancen wie Risiken. Der Klimawandel schafft durch Abschmelzen des Polareises einen Zugang zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen in der Arktis. Fast ein Viertel der restlichen Gas- und Ölreserven der Welt liegen in dieser Region.

Risiken

Wenn es die UN schaffen, Maßnahmen zur Erfüllung der Klimaziele umzusetzen, muss der Großteil der existierenden fossilen Brennstoffreserven im Boden verbleiben. Die Unternehmen, die Sie vertreten, haben bereits 27 Billionen US\$ in die Erschließung dieser Ressourcen investiert. Werden diese nicht genutzt, gehen diese immensen Investitionen verloren und werden niemals eine Rendite für Aktionäre oder nationale Regierungen abwerfen. CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) bietet zwar ein Verfahren, Emissionen im Boden zu speichern, aber diese Technologie befindet sich immer noch in der Entwicklung und wird wohl nicht ausreichend schnell industrielle Dimensionen erreichen, um die erforderliche Wirkung zu zeigen.

Maßnahmen seitens der Industrie

Vor allem müssen unsere Maßnahmen gewährleisten, dass unsere Unternehmen rentabel bleiben. Wir sind wichtige Unterstützer von Energieforschung und Ideenfabriken, die unserer Sache wohlwollend gegenüberstehen. Diese lassen sich einsetzen, um solche politische Führer zu unterstützen, die verstehen, wie viele Arbeitsplätze und wirtschaftliche Aktivität unsere Industrie schafft.

¹ See E. Conway and N. Oreskes (2010) *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. Bloomsbury Press.

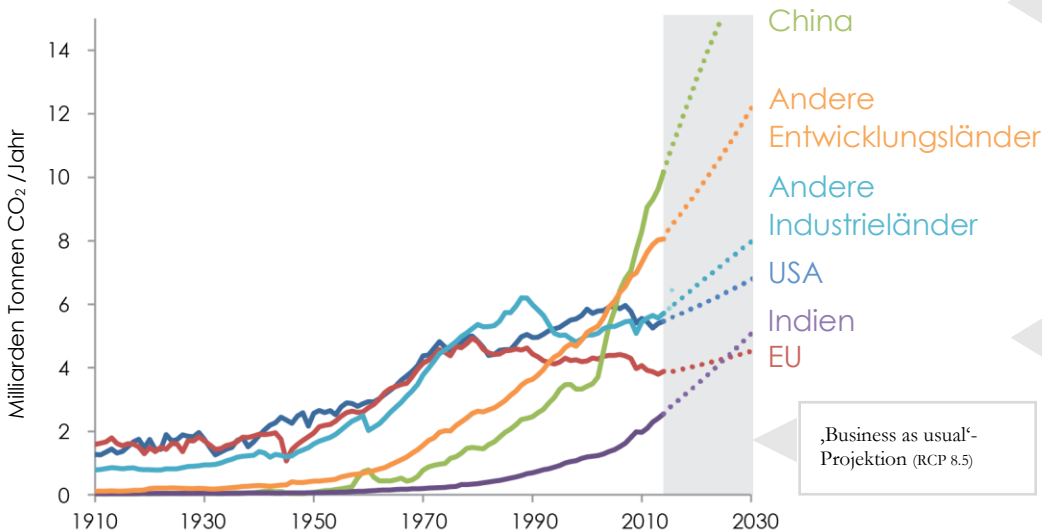
Öffentlichkeitsarbeit

Der Großteil der Öffentlichkeit ist überzeugt, dass der Klimawandel real ist und die Handlungen des Menschen dazu entscheidend beitragen. Die meisten Menschen unterstützen auch Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels, solange diese nicht die Energiekosten erhöhen. Der Klimawandel steht bei den meisten Bürgern auf der Prioritätenliste nach Wirtschaft, Arbeitsplätzen, Ausbildung und nationaler Sicherheit. In vielen Staaten haben wir konzertierte PR-Kampagnen durchgeführt, um zu suggerieren, dass es Unklarheiten gebe, dass Wissenschaftler sich uneinig seien und die Risiken übertrieben würden.¹ Wir haben es geschafft, die öffentliche Wahrnehmung der Gefahren zu begrenzen, und wirksame Maßnahmen verhindert, insbesondere in wichtigen Industrieländern wie den USA.

Strategie

Bemühen Sie sich um private Treffen mit Delegierten und verweisen Sie darauf, wie vorteilhaft die Ausbeutung der reichen fossilen Brennstoffvorkommen ihres Landes für sie wäre. Versuchen Sie, Zwietracht zwischen Entwicklungs- und Industrieländern zu säen. China und die USA sind nun weltweit Nr. 1 und 2 bei CO₂- und Treibhausgasemissionen. In Ihren Treffen mit Vertretern der Industrieländer betonen Sie, dass eine Besteuerung fossiler Energie sie weniger konkurrenzfähig machen könnte. In Treffen mit China, Indien und den Entwicklungsländern argumentieren Sie, dass eine Einschränkung ihrer Emissionen sie weniger wettbewerbsfähig machen und ihre Bevölkerung zur Armut verdammen könnte. Argumentieren Sie, dass fossile Brennstoffe unverzichtbar für Entwicklung und Wohlstand seien. Sie sollten auch betonen, dass Maßnahmen gegen Entwaldung oder zur Förderung der Aufforstung eine Alternative zur Beschränkung der fossilen Brennstoffnutzung sein könnten. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Industrie einen Ausgleich für ihre verlorenen Investitionen erhält, wenn der Zugang zu fossilen Brennstoffreserven eingeschränkt wird.

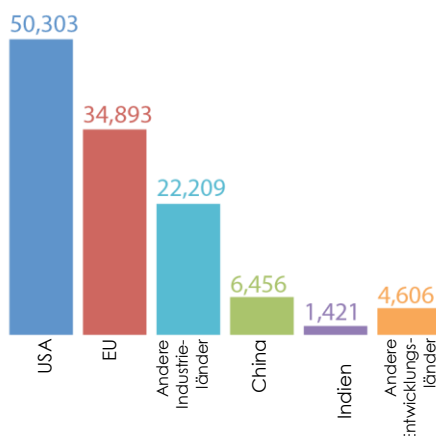
CO₂ Emissionen aus fossilen Brennstoffen und Zement



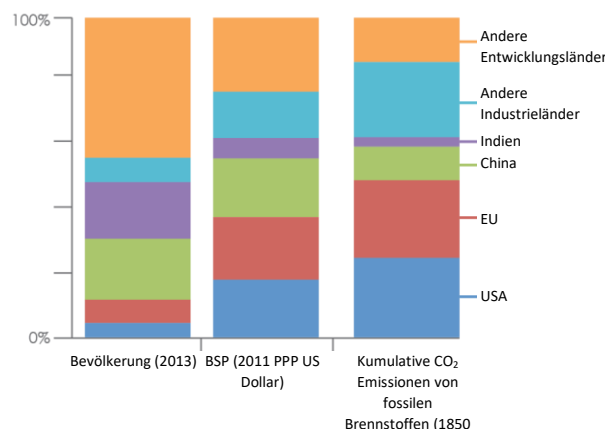
China ist weltweit der größte THG-Emittent. Ohne Maßnahmen werden sich die Emissionen der Entwicklungsländer aus fossilen Energieträgern bis 2100 mehr als verdreifachen.

Schweden verwirklichte zwischen 1976 und 1986 eine jährliche Emissionsreduktion von 4,5% und reduzierte so seine Abhängigkeit von Öl. Frankreich und Belgien verzeichneten während dieses Zeitraums ähnliche Reduktionen. Alle anderen bedeutenden Emissionsminderungen ergaben sich durch finanzielle oder politische Krisen. Laut einem UNEP-Bericht ist eine jährliche Reduktionsrate von 3,5% extrem ambitioniert.

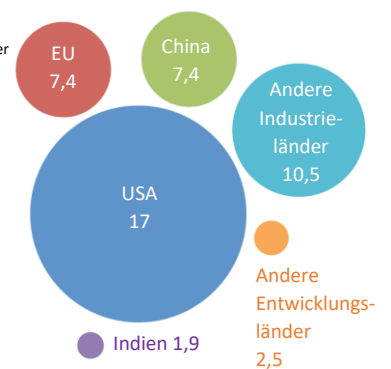
BIP pro Person (2011 PPP US Dollar)



Wohlstand und Kumulative Emissionen



Emissionen pro Person 2013 (Tonnen CO₂ pro Jahr)



Während die kumulativen Emissionen in den Industrieländern bislang höher waren (z.B. **USA**, **EU** und **andere Industrieländer**), übertreffen Bevölkerungswachstum, BIP/Person und Emissionen in den Entwicklungsländern das Wachstum in den Industriestaaten bei weitem. Unter „Business-as-usual“-Annahmen dürften die kumulativen Emissionen aller Industrieländer (**USA**, **EU** und **andere Industrieländer**) bis zum Jahr 2100 auf 37% der gesamten Emissionen sinken.

Seit 1980 stiegen Emissionen pro Person in **China** und **Indien** dramatisch an (um 391% bzw. 285%), während sie in den **USA** und **EU** fielen (um 20% bzw. 26%).